Humanistische Union

Informationsfreiheit - Amtsgeheimnis ade?

Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören nicht der Behörde, sondern der Allgemeinheit und sollten deshalb auch öffentlich zugänglich sein. Bürgerschaftliches Engagement braucht Transparenz aller Sachverhalte und Entscheidungsprozesse in den Verwaltungen. Aber auch Wirtschaftsunternehmen und Journalisten profitieren davon. Schließlich kann Informationsfreiheit dazu beitragen, Verschwendung von Steuergeldern einzudämmen und Betrug und Korruption zu erschweren.

Im April 2004 veröffentlichte die Humanistische Union in Kooperation mit Journalistenverbänden und einer Anti-Korruptions-Organisation einen Entwurf für ein Bundes-Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Nicht zuletzt aufgrund des dadurch entfalteten öffentlichen Drucks erinnerte sich die Regierungskoalition ihres Versprechens, ein IFG vorzulegen.

In seinem Vortag wird Dr. Christoph Bruch die Eckpunkte des Entwurfs der NGOs für ein Bundes-IFG und den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens erläutern.

Dr. Christoph Bruch hat Politik und Jura studiert. Seine Dissertation schrieb er zur Geschichte des Freedom of Information Act der USA. Er lebt als freier Wissenschaftler und Publizist mit dem Arbeitsschwerpunkt Informationspolitik in Berlin. Innerhalb der Humanistischen Union zählt das Projekt Informationsfreiheitsgesetz zu seinem Verantwortungsbereich.

Veranstalter:
Humanistische Union e.V. München
Mehr Demokratie e.V. Bayern
Transparency International München
Bayerischer Journalistenverband (angefragt)
Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion München
Bayerischer Jounalistenverband

---

https://suedbayern.humanistische-union.de/veranstaltungen/2004/informationsfreiheit-amtsgeheimnis-ade/
Abgerufen am: 22.11.2026